

## Machbarkeits-Illusionen und Selbstbetrug

Die Taliban befinden sich im Aufwind, 20 Jahre internationaler Afghanistaneinsatz stehen auf der Klippe | Von Winfried Nachtwei

Am 29. Februar 2020 vereinbarte die Trump-Regierung im Alleingang vertraglich mit den Taliban den Abzug aller internationalen Streitkräfte bis zum 30. April 2021, gebunden an die Zusage der Taliban, dass von Afghanistan keine Bedrohung mehr für die USA und ihre Verbündeten ausgehen würde. Angekündigt wurde die Aufnahme innerafghanischer Friedensverhandlungen für den 10. März 2020.

Zehn Wochen vor dem Abzugstermin fasste das Verteidigungsministertreffen der Nato noch keinen Beschluss, wie sich die Nato verhalten wird. Die neue US-Regierung unter Joe Biden prüft noch, ob die Taliban ihre vertraglichen Verpflichtungen eingehalten haben und was die Folgen eines kompletten „Sturzabzuges“ sein könnten. In den vergangenen Wochen dominierten in Washington wie bei Verbündeten die Stimmen für eine nochmalige Verlängerung des Einsatzes. Darauf scheint es auch hinauszulaufen.

Trotzdem: Gegenwärtig sind die Perspektiven des Nato-Einsatzes, der internationalen Aufbauhilfe, die Zukunft des „Friedensprozesses“ und Afghanistans an Ungewissheiten und krassen Risiken kaum zu überbieten. Das deutsche Einsatzkontingent mit seinen rund 1100 Soldaten bereitet sich auf verschiedene Extremszenarien vor.

Vor fast 20 Jahren begann der internationale Afghanistaneinsatz, der mit der Zeit zum größten, kompliziertesten, teuersten und bei weitem opferreichsten Kriseneinsatz der (westlichen) Staatengemeinschaft, der Nato und Deutschlands wurde.

Seine Startziele waren die Bündnisolidarität mit dem am 11. September 2001 angegriffenen USA und die Verfolgung der Drahtzieher der Angriffe und die Beseitigung des sicheren Hafens internationaler Terrorgruppen in Afghanistan. Nach dem schnellen Sturz des Taliban-regimes kam als strukturelle Terrorprophylaxe die Stabilisierung und Förderung verlässlicher Staatlichkeit in einem von 23 Kriegsjahren zerrütteten Land hinzu.



Mission dann eben doch nicht accomplished: George W. Bush auf dem Höhepunkt der vermeintlichen pax americana 2003.

Die vom UN-Sicherheitsrat autorisierte Internationale Unterstützungstruppe ISAF sollte die Aufbauunterstützung absichern. Der Deutsche Bundestag billigte diese Einsatzbeteiligung mit großer Mehrheit.

Siebzehn Jahre lang hatten die USA und Verbündete sich nicht ernsthaft um eine Verhandlungslösung mit den Taliban bemüht. Viel zu lange dominierte vor allem auf Seiten Washingtons die Illusion, eine Aufstandsbewegung wie die Taliban militärisch besiegen zu können. Gespräche zu einer politischen Lösung begannen erst, als die strategische Schwäche von Regierung und Nato unübersehbar war. Die in Doha vereinbarten innerafghanischen Gespräche begannen mit sechsmonatiger Verspätung.

Im Auftrag des Auswärtigen Amtes unterstützt ein Team der Berliner Berghof Foundation das Verhandlungsteam der Afghanischen Republik. Deutsche Mediatoren

experten berichteten im November aus Doha, dass dort die gegnerischen Parteien im Unterschied zu anderen Friedensprozessen immerhin respektvoll und ernsthaft miteinander sprechen würden.

Die verbreitete Hoffnung, mit den Verhandlungen würden Terror und Krieg in Afghanistan nachlassen, wurde bitter enttäuscht. Der von afghanischer Regierung und Bevölkerung wie international breit geforderte Waffenstillstand wurde von den Taliban kategorisch abgelehnt.

Die Koalitionskräfte der Beratungsmision Resolute Support blieben seit dem Abkommen wohl von Angriffen verschont. Die Angriffe auf die afghanischen Sicherheitskräfte und die Zivilgesellschaft nahmen hingegen extrem zu. Die Zahl der Zivilopfer durch gezielte Tötungen stieg 2020 um 169 Prozent. Im Visier waren vor allem öffentliche Bedienstete, Journalisten, zivilgesellschaftliche Aktivisten, Religionsge-

lehrte, Abgeordnete und Menschenrechtsverteidiger. Laut des von des Afghanistan Indexes des Brookings Institute fielen 2020 mehr als 10000 afghanische Soldaten und Polizisten. Dass Präsident Trump im Alleingang die US-Streitkräfte im Land von 12 000 im Februar 2020 auf 2500 im Januar 2021 reduzieren ließ, wurde einhellig als Auftrieb für die Taliban gewertet.

Mehrere UN-Berichte, zuletzt vom Januar, betonten, die Taliban hätten weiter enge Beziehungen zu Al Qaida, von denen 200 bis 500 Kämpfer im Land seien. Die Verbindungen zu internationalen Terrorgruppen seien keineswegs gekappt. Zusammen mit der erheblichen Verzögerung der Friedensgespräche lässt sich zu Recht feststellen, dass die in Doha fixierten Voraussetzungen für einen Komplettabzug noch nicht gegeben sind.

Was wären die mutmaßlichen Folgen eines – angesichts der Lage kaum noch möglichen – Abzuges in zehn Wochen und einer Einsatzverlängerung gegen den Willen der Taliban?

Für den letzteren Fall haben die Taliban angekündigt, den verbliebenen rund 12 000 Koalitionskräften einen „großen Krieg“ zu bereiten. Der Verhandlungsprozess könnte zusammenbrechen. Doha-Insider sehen aber bei den Taliban auch ein großes Interesse, das Abkommen mit den USA in der Grundstruktur zu erhalten.



war von 1994 bis 2009 Mitglied des Bundestages für Bündnis 90/Die Grünen. Er hat den Afghanistaneinsatz von 2001 bis heute mit 20 Besuchen vor Ort begleitet. Nachtwei gehört dem Beirat Zivile Krisenprävention der Bundesregierung und dem Beirat Innere Führung des Bundesministeriums der Verteidigung an.

Ein kompletter Abzug zum 30. April würde die überlebensnotwendigen Beratungs- und Unterstützungsinfusionen für den afghanischen Staat blockieren. Armee und Polizei wären den oft überlegenen Taliban ausgeliefert. Die Gefahr gilt als „sehr real“, dass dies in einen entfesselten Bürgerkrieg führen könnte.

Auf der Hand liegt, dass ein solcher Super-GAU wieder massenweise Menschen in die Flucht treiben würde. Das wäre ein Mehrfach-Desaster: für die kriegsgeprüften Menschen in Afghanistan, für die regionale und internationale Sicherheit, für die UN wie die Nato und die Bundesrepublik. Es wäre nicht zuletzt ein Totalschaden für die Glaubwürdigkeit westlicher und auch deutscher Sicherheitspolitik.

Auch unter einem US-Präsident Biden wollen die USA den Großeinsatz in Afghanistan zu Ende bringen und zu einer Verhandlungslösung zwischen afghanischer Republik und den Taliban kommen.

Hierzu gibt es keine vernünftige Alternative. Deshalb darf trotz des Abzugsdissens und trotz wahrscheinlich wieder aufflammender Angriffe auf Koalitionskräfte der Gesprächsprozess nicht aufgekündigt werden. Er ist viel mehr durch vertrauensbildende Maßnahmen und Unterstützungsangebote auf verschiedenen Ebenen zu stärken. Die Taliban haben wiederholt betont, wie sehr auch ein künftiges Afghanistan auf internationale Unterstützung angewiesen sei.

Zwanzig Jahre internationaler Afghanistaneinsatz: Trotz vieler positiver Einzelanstrengungen und Teilfortschritte wurden zentrale Ziele nicht erreicht, dominierten immer wieder Machbarkeits-Illusionen und Selbstbetrug. Diese Gefahr besteht auch jetzt.

Deshalb ist von ausschlaggebender Bedeutung, dass sich jetzt die Verbündeten und explizit die Bundesregierung ehrlich machen zu diesem Einsatz und seine Wirkungen ressortübergreifend analysieren. Um endlich und grundlegend aus dieser Riesenanstrengung zu lernen.

### AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

### K-Frage, grün

Einmütig ist das Bild, dass die Grünen derzeit in der Angelegenheit einer Kanzlerkandidatur abgeben. Das Wording der Beteiligten geht so: Erstmals werde die Partei mit einem Kanzlerkandidaten/einer Kanzlerkandidatin in einen Bundestagswahlkampf ziehen; entschieden werde es von und zwischen den beiden Vorsitzenden, Annalena Baerbock und Robert Habeck. Beide haben gesagt, sie hätten sich geprüft und seien bereit. Dreierlei ist erstaunlich. Trotz ihrer antiautoritären Wurzeln („Antiparteipartei“) akzeptieren es die Grünen erstens widerspruchlos, dass die beiden Vorsitzenden die Sache unter sich ausmachen wollen und werden. Politische Richtungskämpfe zwischen Flügeln, Lagern und Strömungen der Partei, wer es sein sollte, sind zweitens nicht sichtbar; allenfalls geben Frauen eine Präferenz für Baerbock zu erkennen. Drittens gelingt es Baerbock und Habeck, den Eindruck einer Auseinandersetzung um die Führung zu vermeiden. Das ist das Erstaunlichste von allem. Erklärungen gibt es. Beide Vorsitzende gehören dem Lager der „Realos“ an, schließen schwarz-grüne Bündnisse nicht aus und wollen Stimmen in politischen Segmenten gewinnen, die nicht klassisch „grün“ zu verorten sind. In der Parteizentrale teilen sie sich ein gemeinsames Zimmer, und einen gemeinsamen Büroleiter haben sie auch. Reibungsverluste werden vermieden. Beim Publikum wird Spannung erzeugt. Habeck hat gesagt: „Ich gebe mein Bestes, Annalena gibt ihr Bestes, und dann werden wir sehen, was daraus wird.“ Das Hinauszögern der Entscheidung soll werbewirksam genutzt werden.

Doch ist der Anschein bloß Fassade? Es widerspricht der Lebenserfahrung, dass derlei Fragen ohne Kämpfe beantwortet werden. Es entscheidet – wie in anderen Parteien auch – der unbedingte Wille zur Macht. Für Baerbock spricht der feministische Impetus der Grünen und ihre Fähigkeit, Details immer neuer Fachgebiete bodenständig zu kommunizieren. Habeck kann auf Regierungserfahrung verweisen; seine Ausflüge ins politische Feuilleton sollten nicht mit mangelnder Härte verwechselt werden. Leicht fiel ihnen der Verzicht zugunsten des anderen nur, wenn zu Pfingsten, des Abschneidens bei den bevorstehenden Landtagswahlen und der Umfragen wegen, Klarheit bestünde, dass die Trauben zu hoch hängen. Dann allerdings brähe die bislang weitgehend perfekt orchestrierte Kanzlerkandidatenkampagne in sich zusammen. Großspurigkeit kommt schlecht an.

## Diese vermaledaiten Hauptstädte

Politischen Bierzeltrauferei, Tirols Platter und Bayerns Söder, Wien und Berlin – alle gegen alle | Von Steffen Arora

Eigentlich sind sie zwei vom selben Schlag: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und Tirols Landeshauptmann Günther Platter. Als Chef der Christlich-Sozialen Union (CSU) vertritt Söder die Interessen seines Freistaates selbstbewusst gegenüber der CDU-geführten Berliner Bundesregierung. Platter wiederum steht der Tiroler Volkspartei vor, die sich ebenso selbstbewusst und erfolgreich gegen die von Bundeskanzler Sebastian Kurz ausgerichtete Neuausrichtung der österreichischen Volkspartei (ÖVP) zur türkischen Bewegung verwehrt hat.

Als Platter 2018 nach zehn Jahren im Amt mit einem satten Plus die Tiroler Landtagswahlen erneut dominierte – nur ein Sitz fehlt ihm zur absoluten Mehrheit im Regionalparlament – fuhr er diesen Triumph als „schwarze Tiroler Volkspartei“ ein. Wien ist von Innsbruck aus gesehen oft sehr weit weg. Denn dass diese vermaledaiten Wiener die Tiroler anno 1809 im Stich gelassen hatten, als die mit Napoleon verbündeten Bayern anrückten, hat man ihnen in den Bergen bis heute nicht verziehen.

Das Bundesland Tirol gilt in Österreich als Sonderfall, ähnlich wie Bayern in Deutschland. Wirtschaftlich steht man dank Tourismus und Industrie gut da. Dementsprechend werden Partikularinteressen

gegenüber dem Bund oft polternd und un-nachgiebig vertreten. Tirol ist das einzige Bundesland Österreichs, das sogar seine eigene Außenpolitik betreibt – vor allem gegenüber Deutschland und dem direkten Nachbarn Bayern. Zuletzt wurde das im Transitstreit deutlich.

Im Frühjahr 2019 eskalierte dieser seit Jahrzehnten schwelende Konflikt. Es geht um den Güterverkehr, der die Alpen in Nord-Süd-Richtung quert. Die schnellste und billigste Route zwischen Hamburg und Palermo führt über den Tiroler Brennerpass. Das Bundesland erstreckt im Schwer-verkehr. Wenn dann noch die Deutschen in den Sommerurlaub aufbrechen, geht in Tirol verkehrstechnisch gar nichts mehr.

Als Platter in „Notwehr“ deshalb Fahrverbote für den Durchreiseverkehr abseits der Haupttrouten verhängte, fühlte sich Söder „diskriminiert“ und sah „die Freiheit“ der Bayern in Gefahr. Er rief zum Urlaubsboy-

kott in Tirol auf. Das ging den Nachbarn zu weit, gilt ihnen der Fremdenverkehr doch als derart sakrosant, dass sie dafür sogar die Anwesenheit von Wienern und Piefkes im „heiligen Land Tirol“ in Kauf nehmen.

Berlin und Wien versuchten zwischen den Streitpartnern zu vermitteln. Doch der alpine Haussegen hängt seitdem schief und die Coronakrise hat den bayrisch-tirolerischen Graben endgültig zur unüberwindbaren Schlucht werden lassen. Mit der Einstufung Tirols, wo seit Jahresbeginn die südafrikanische Variante des Coronavirus grassiert, als „Mutationsgebiet“ und der darauffolgenden Schließung der bayrischen Grenze zum Nachbarn, hat Söder das letzte Seil gekappt, das die konservativen Bergkammeraden verbunden hat.

Denn ohne die Autobahnverbindung über das so genannte Deutsche Eck ist Tirol gefühlt von Restösterreich abgeschnitten. Schon die Einführung der Grenzkontrollen auf bayrischer Seite im Zuge der Krise der europäischen Flüchtlingspolitik im Jahr 2015 nahm man als Affront wahr. Dass Söder die Verbindung nun gänzlich kappte, ging zu weit. Platter war derart erbost, dass er über Social Media ausrichtete ließ: „Seit Wochen lässt Bayerns Ministerpräsident Markus Söder keine Gelegenheit aus, um Attacken gegen Tirol zu reiten. Diese ständigen

abschätzigen Bemerkungen sind letztklassig und eines Ministerpräsidenten nicht würdig. So geht man mit Nachbarn nicht um.“

Söders Muskelspiele sind vor dem Hintergrund seiner Kanzlerambitionen zu sehen. Und im Zuge der Corona-Pandemie haben sich die streitbaren Nachbarn auf Tiroler Seite der Grenze auch nicht immer zimperlich gezeigt. Es etwa bekannt wurde, dass im Frühjahr 2020 vom Skiroort Ischgl ausgehend tausende deutsche Urlauber das Virus als Souvenir mit nach Haus gebracht hatten, rückte Bundeskanzler Kurz zur Ehrenrettung seiner Tiroler aus und mutmaßte mehrfach medial, dass Corona vielmehr über München den Weg nach Ischgl gefunden habe.

Nun da Tirol ein Jahr später dank Südafrika-Mutante abermals zum Pandemie-Hotspot Europas avanciert, sucht man die Schuld dafür erneut lieber im süddeutschen Raum. Hieß es erst, Tiroler Hoteliers, die

den spätherbstlichen Lockdown nutzten, um in Südafrika zu golfen, hätten das Virus ins Land gebracht, so führt „die Spur“ mittlerweile nach Bayern – echte Bafög dafür fehlen allerdings noch.

Mit der Schließung der Grenze hat Söder die bayrisch-tirolerische Freundschaft in ihre bislang schwerste Krise gestürzt. Wie nachhaltig der angerichtete Schaden wirklich ist, wird sich zeigen, wenn das Coronavirus besiegt ist. Dann müssen sich die Streitpartnern wieder der ungelösten Transitfrage stellen. Von einer Deeskalation ist nicht auszugehen, da sich Söder wie auch Platter als Nabel ihrer jeweiligen Welten verstehen. Berlin und Wien werden dann wieder schlichtend ausrücken müssen, wenn die Kontrahenten, ganz im Stile einer Bierzeltrauferei, die politischen Fäuste spielen lassen. Denn eigentlich sind sie eben zwei vom selben Schlag.



ist Tirol-Korrespondent der in Wien erscheinenden Tageszeitung Der Standard.

### DER HAUPTSTADTBRIEF

Lesen Sie mehr vom Hauptstadtbrief – diese Woche: Pakte mit den Teufeln – **Theo Sommer** über die Frage im Umgang mit den Autokraten der Welt: Wieviel Idealismus können, wieviel Realismus müssen wir uns leisten? Und jetzt saure Wahlkampf-Gurken? **Katharina Hamberger** erklärt, welche Lehren die Parteien aus ihren Zoom-Shows zum Politischen Aschermittwoch ziehen können. **Anne Wizorek** schreibt in ihrer Kolumne *Direktnachricht* über die bitteren Lehren ein Jahr nach Hanau. Yes, we can: #NoCovid. [www.derhauptstadtbrief.de](http://www.derhauptstadtbrief.de).